

Die Zukunft gerecht gestalten – gegen Ungleichheiten in Deutschland und Europa

von *Andrea Nahles*

I. Verunsicherung trotz stabiler Lage in Deutschland

Viele Menschen sind verunsichert in einer Welt, die sich immer schneller zu drehen scheint und in der nichts so sicher ist wie der Wandel. Megatrends wie Globalisierung, demografischer Wandel und Digitalisierung verändern unsere Gesellschaft und unsere Arbeitswelt nachhaltig. Diese Megatrends werden teilweise so dargestellt, als seien sie kaum steuerbar und als nähmen sie uns das Heft des politischen und gesellschaftlichen Handelns aus der Hand. Das erzeugt bei manchem die Sorge, dass Globalisierung, demografischer Wandel und Digitalisierung wie ein Tsunami auf uns zurollen und uns vielleicht irgendwann überrollen. Das stimmt nicht. Wir können und müssen diese Megatrends politisch gestalten.

Wozu es führt, wenn die politischen Kräfte eines Landes es nicht schaffen, in die Zukunft gerichtete Antworten auf die Veränderungen zu finden und diese auch für die Menschen spürbar und erfahrbar in die Tat umzusetzen, haben wir zuletzt in den USA und Großbritannien und bei vielen unserer europäischen Nachbarn erlebt: Überall dort gewinnen politische Kräfte an Einfluss, die auf Abgrenzung und Protektionismus setzen. Ihren Nährboden finden sie bei Menschen, die zwar das Gefühl haben, sich immer angestrengt zu haben, aber nicht wirklich von den mit den Veränderungen verbundenen positiven Effekten profitiert zu haben. Schnell kann aus dem Unmut über die eigene Situation Neid und Missgunst gegenüber anderen werden. Jede öffentliche Ausgabe wird mit der Frage verbunden, warum dafür Geld bereits steht, für die Verbesserung der eigenen Situation aber nicht.

Auch in Deutschland wächst der Nährboden für eine Politik, die auf Abschottung und Abgrenzung setzt. Dahinter steht bei vielen der Eindruck, dass die Versprechen der Globalisierung, der europäischen Integration, des nunmehr seit sieben Jahren andauernden Wirtschaftsaufschwungs und der Digitalisierung nicht nur bei ihnen nicht ankommen, sondern sogar auf ihre Kosten eingelöst werden.

Für die Verunsicherung vieler Menschen gibt es handfeste materielle Gründe. So finden sich in Deutschland manifeste Ungleichheiten. Der aktuelle Armuts- und

Reichtumsbericht zeigt zum einen, dass der Reichtum bei zwei Dritteln der Menschen mit hohem Vermögen maßgeblich auf Erbschaften oder Schenkungen basiert. In den unteren 40 % der Lohngruppen wurde 2015 real weniger verdient als Mitte der 1990er Jahre, obwohl sich die Menschen in diesen Berufen bestimmt nicht weniger angestrengt haben. Beide Befunde verletzen das Gerechtigkeitsempfinden und können zu politischer Frustration führen. Den Befund wachsender Ungleichheit teilt Deutschland mit anderen OECD-Ländern. Renommierte Ökonomen wie *Thomas Piketty*, *Anthony Atkinson* und *Branko Milanović* haben in den letzten Jahren eindrucksvoll darauf hingewiesen, dass es in fast allen OECD-Ländern ab etwa 1980 eine Wende zu mehr Ungleichheit gab.

Wenn sich harte Arbeit in gering bezahlten Berufen noch nicht einmal bei sehr guter wirtschaftlicher Entwicklung in Lohnsteigerungen umsetzt und gleichzeitig hohe Vermögen häufig ohne eigene Leistung zustande kommen, ist das nicht nur für die Betroffenen ungerecht, es schadet uns allen. Wer die Ärmel hochkrepelt und tagtäglich zur Arbeit geht, muss davon auch wirtschaftlich profitieren. Es darf nicht so bleiben, dass die unteren Lohngruppen kaum an der Wohlstandsentwicklung teilhaben, während hohe Vermögen immer häufiger nicht erarbeitet, sondern vererbt werden. Das untergräbt das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft und die Demokratie. *Je weniger Wohlstand mit eigener Leistung zu tun hat, desto mehr wird – berechtigterweise – im Maschinenraum der Gesellschaft die Frage nach der Gerechtigkeit gestellt.*

Es geht aber nicht nur um die monetäre Anerkennung von Leistungen, sondern um Wertschätzung und Würde jeder und jedes Einzelnen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht hinnehmbar, dass Familien, Studierende oder Alleinerziehende verzweifelt nach bezahlbarem Wohnraum suchen. Es muss uns beschämen, wenn ältere Menschen Pfandflaschen sammeln, um besser über die Runden zu kommen. Das gilt auch für Kinder, die ohne Frühstück und Pausenbrot zur Schule gehen, weil ihre Eltern überfordert sind oder resigniert haben. Kinder, deren Bildungs- und Aufstiegschancen immer noch zu sehr von ihrer sozialen Herkunft abhängen.

All dies wird in einer insgesamt wohlhabenden Gesellschaft zu Recht als unwürdig und ungerecht empfunden. Genauso haben viele ein Problem damit, wenn sich Reiche durch Steuerhinterziehung ihrer gesellschaftlichen Verpflichtungen entziehen. Auch Gutverdiener sind bereit, einen größeren Beitrag zu leisten. Denn sozialer Zusammenhalt ist nicht nur für die Schwachen in unserer Gesellschaft ein Thema. Das hat nicht zuletzt die Studie *Wertewelten Arbeiten 4.0* gezeigt, die mein Ministerium in Auftrag gegeben hat. Deshalb gibt es auch in Deutschland Grund genug, für mehr Gerechtigkeit zu streiten.

II. Sozialer Gerechtigkeit Geltung verschaffen

Wir dürfen nicht den Apokalyptikern und Populisten das Feld überlassen, die Ängste schüren und mit vermeintlich einfachen Antworten auf komplexe Fragestellungen locken. Wir müssen die Verunsicherung der Menschen ernst nehmen und Antworten auf ihre Fragen liefern. Das ist möglich, denn Fakt ist: Die deutsche Wirtschaft prosperiert und wächst. Wir haben Steuerüberschüsse und auch der Arbeitsmarkt steht hervorragend da: Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Die Zahl der Menschen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung schreibt Monat für Monat Rekordzahlen. Wir diskutieren heute nicht mehr über Wege aus der Massenarbeitslosigkeit, sondern über Fachkräftemangel. Wir haben also beste Voraussetzungen, um die vor uns liegenden Herausforderungen aus einer Position der Stärke heraus zu gestalten. Unser Maßstab ist dabei der der sozialen Gerechtigkeit.

Zeit für mehr Gerechtigkeit ist daher das Wahlkampfmotto der SPD zur Bundestagswahl 2017. Natürlich ist die Forderung nach mehr Gerechtigkeit noch kein Alleinstellungsmerkmal, was man schon daran erkennen kann, dass keine Partei die Gegenposition einnehmen würde: *Zeit für weniger Gerechtigkeit*. Vielmehr wird der Begriff weit gedehnt und strapaziert. Während einige unter Gerechtigkeit nur verstehen, dass der Staat sich möglichst wenig einmischt, wird Gerechtigkeit bei anderen zum Freifahrtschein für jede noch so abseitige Forderung. Klar ist: Gerechtigkeit wird bei allen anderen Parteien nicht umfassend verstanden. Die Begründungen werden damit zur hohlen Metapher, die über die Köpfe der Menschen hinweggeht. Denn die anderen Parteien machen gar nicht erst den Versuch, das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen umfassend anzusprechen. Die SPD versucht mit ihrem Gerechtigkeits-Schwerpunkt zur Bundestagswahl 2017 eine differenziertere Beschreibung sozial gerechter Politik – und bietet Lösungen an, um die Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft abzubauen.

III. Welches sind die Maßstäbe?

Gerechtigkeit hat verschiedene Dimensionen. Uns Sozialdemokraten geht es darum, dass niemand Not leidet, dass jeder Mensch Chancen bekommt, sein Leben zu gestalten, dass man für seine Leistungen einen gerechten Gegenwert erhält. Das ist ein umfassendes Gerechtigkeitsverständnis, das über die singulären Definitionen anderer Parteien weit hinausgeht.

Es entspricht dem weit verbreiteten Gerechtigkeitsempfinden in unserem Land, dass jede Bürgerin und jeder Bürger in seiner jeweiligen Lebenslage unterstützt

wird und Zugang zu elementaren Gütern und Leistungen wie Bildung, Wohnen und Gesundheit hat. Diese Form der *Bedarfsgerechtigkeit* ist unabhängig von der eigenen Lebensleistung zu sehen. Wir wehren uns gegen alle Versuche, dieses Prinzip in Frage zu stellen.

Hinzu kommt die *Leistungsgerechtigkeit*. Wer viel kann und viel leistet, muss etwas davon haben, im aktiven Erwerbsleben, aber auch danach, im Alter. Doch die Maßstäbe für die Bewertung von Leistung kann nicht allein der Markt setzen. Dass zum Beispiel in so genannten „Frauenberufen“ wie der Pflege oder der Kinderbetreuung immer noch schlechtere Löhne gezahlt werden und damit auch weniger Anerkennung gezollt wird, hat nichts mit Leistung, Bildung oder Produktivität zu tun. Zur Leistungsgerechtigkeit gehört eben auch, den Dienst am Menschen und an der Gesellschaft anzuerkennen und anständig zu bezahlen. Wir müssen uns als Gesellschaft klar dazu bekennen, was uns diese Art von Leistung wert ist.

Auch das ist eine Frage der Gerechtigkeit – der *Verteilungsgerechtigkeit*. Für uns bildet sie im Gegensatz zu den Konservativen keinen Gegensatz zur Leistungsgerechtigkeit – sondern Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit müssen sich ergänzen. Und zwar auch, wenn Manager das 50-fache, manchmal sogar das 100- oder 200-fache eines Facharbeiters bekommen und obendrauf noch Millionen-Boni. Das hat nichts mehr Leistung zu tun, sondern ist ungerecht gegenüber den Menschen, die im Niedriglohnssektor tätig sind und dort viel leisten.

Die viel zitierte *Generationengerechtigkeit* ist eine weitere Dimension. Wir dürfen der jungen Generation keine übermäßigen Schulden, keine zerstörte Umwelt, aber auch keine marode öffentliche Infrastruktur hinterlassen. Auch langsames Internet in ländlichen Regionen ist in einem modernen Land wie dem unseren nicht hinnehmbar, denn es schließt manche Menschen von den digitalen Möglichkeiten aus. Wir brauchen deshalb flächendeckend schnelles Internet. Und zur Generationengerechtigkeit gehört auch, dass wir heute dafür Sorge tragen, dass die junge Generation, die am meisten in die gesetzliche Rentenkasse einzahlt, sich im Alter noch auf die gesetzliche Rente verlassen kann.

Wir Sozialdemokraten stehen für Zukunftsinvestitionen, die die Generationengerechtigkeit im Blick haben. Voraussetzung für Generationengerechtigkeit ist die *Chancengleichheit* aller Menschen. Weil wir davon ausgehen, dass jeder Mensch frei und gleich geboren wird, sollen alle die gleichen Chancen haben – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Unterschiede in den Lebenschancen müssen so weit wie möglich ausgeglichen werden. Jede Bürgerin und jeder Bürger muss nicht nur formal, sondern faktisch die gleiche Chance haben, sich einzubringen,

im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein und Einfluss auf demokratische Entscheidungen zu nehmen

Unsere Idee von sozialer Gerechtigkeit bündelt die Prinzipien Bedarfsgerechtigkeit, soziale und politische Chancengleichheit, Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit – und hat immer die Generationengerechtigkeit im Blick. Sie geht dabei von der arbeitsteiligen Gesellschaft aus, in der wir alle aufeinander angewiesen sind, wenn wir Wohlstand schaffen und erhalten wollen. Für uns zählt nicht nur die angebliche Produktivität des Einzelnen, sondern das produktive Zusammenspiel aller. Das ist unser umfassendes Verständnis von Gerechtigkeit.

Gerechtigkeit setzt voraus, dass erstens jeder die besten Voraussetzungen bekommen sollte, damit er durch Arbeit einen produktiven Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand leisten kann. Dabei geht es – zumal in der digitalen Arbeitswelt – nicht nur um Bildung und Startchancen, sondern um die Unterstützung in der ganzen Erwerbsbiografie. Zweitens sollte jeder am Wohlstand teilhaben. Und auch im Alter muss Lebensleistung anerkannt werden. Um diesen Ausgleich sicherzustellen, haben alle Bürger soziale Rechte, aber auch soziale Pflichten und Verantwortung. Drittens muss jeder zum Beispiel bei Krankheit oder Behinderung so unterstützt werden, wie es einer wohlhabenden Gesellschaft würdig ist. Viertens darf Gerechtigkeit nicht an nationalen Grenzen haltmachen. Wir brauchen einen fairen Welthandel und eine engere politische Zusammenarbeit in der Europäischen Union. Schließlich schafft fünftens eine so verstandene Gerechtigkeit auch wieder mehr Systemvertrauen und eine gemeinsame Wertebasis. Das ist das beste Mittel gegen diejenigen, die in Nationalismus und Protektionismus zurückfallen.

IV. Konkrete Projekte für mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland und Europa

1. Mindestlohn und Pakt für anständige Löhne

Mehr Gerechtigkeit war und ist die Richtschnur unseres politischen Handelns. So haben wir mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns einen wichtigen Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit geschafft. Lohn hat dabei für uns eine größere Bedeutung als nur die rein monetäre. Im Lohn drücken sich auch Anerkennung und Wertschätzung für Leistung und Engagement aus. Und genau an dieser Stelle gibt es – trotz des Mindestlohns – noch viel zu tun. Denn der Mindestlohn ist eine Untergrenze, aber er ist noch kein guter Lohn.

Gerade im Bereich der sozialen Arbeit, Gesundheit, Pflege und Erziehung liegt einiges im Argen. Auch andere Beschäftigte werden relativ schlecht bezahlt –

unter anderem im Einzelhandel und im Hotel- und Gaststättengewerbe. Ein Wettbewerb über niedrige Löhne geht nicht nur zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Er geht auch zu Lasten der Arbeitgeber, die ihre Beschäftigten anständig bezahlen, weil sie deren gute Arbeit schätzen und sie in Zeiten von Fachkräftemangel binden wollen. Wir brauchen anständige Löhne, die zu einem guten Leben reichen, Teilhabe ermöglichen und den Wert der Arbeit anerkennen.

Daher habe ich Vertreterinnen und Vertreter der Sozialpartner, der Wohlfahrtsverbände sowie der Koalitionsfraktionen zu einem Auftaktgespräch über die gesellschaftspolitische Dimension der Lohnentwicklung in Deutschland eingeladen und einen Pakt für anständige Löhne vorgeschlagen – damit Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam mit der Politik für bessere Löhne kämpfen.

2. Rentenkonzept

Es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, dass die Menschen ihren Lebensstandard, den sie sich in einem langen Arbeitsleben aufgebaut haben, im Alter halten können. Eine auskömmliche Alterssicherung ist ein Kernversprechen des deutschen Sozialstaats.

Wir haben in den letzten Jahren bei der Rente an einigen Stellen für mehr Gerechtigkeit gesorgt – mit der abschlagsfreien Rente ab 63 für die, die 45 und mehr Jahre Arbeit in den Generationenvertrag eingezahlt haben, sowie mit Verbesserungen bei Erwerbsunfähigkeit und bei der Betriebsrente.

Die Alterssicherung ist für das nächste Jahrzehnt stabil aufgestellt. Ab 2020 werden die Auswirkungen der demografischen Entwicklung deutlicher als bisher auch in der Alterssicherung zu spüren sein, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der *Baby-Boomer* in Rente gehen. Die SPD hat deswegen auf einer soliden Grundlage ein konkretes Konzept zur Zukunft der Alterssicherung in Deutschland vorgelegt.

Zurzeit beträgt das Rentenniveau 48 %. Wenn wir nicht handeln, sinkt es bis zum Jahr 2045 auf 41,7 %. Im Gesetz haben wir bislang festgelegt, dass das Rentenniveau bis 2030 nicht unter 43 % sinken darf. Danach gibt es bislang gar keine Haltelinie mehr. Das reicht nicht aus, zudem bislang nicht in dem Maße privat vorgesorgt wird, wie es nötig wäre, um das sinkende Rentenniveau aufzufangen.

Wir wollen und können das Rentenniveau auf dem heutigen Stand stabilisieren – bei 48 %. Und wir halten zugleich bei den Beiträgen die bisher schon gültige Grenze von 22 %. Mit dieser doppelten Haltelinie für Niveau und Beitrag schaffen wir Sicherheit für Junge und Ältere. Denn die Jüngeren müssen darauf ver-

trauen können, dass auch sie im Alter eine vernünftige Rente bekommen. Es kann nicht sein, dass die Generation, die absehbar am meisten einzahlt, am wenigsten herausbekommt. Und auch die, die jetzt mitten im Erwerbsleben stehen, können sich darauf verlassen: Ihr jahrzehntelang erarbeiteter und verdienter Lebensstandard ist im Alter abgesichert.

Gerechtigkeit heißt auch, dass, wer jahrzehntelang gearbeitet hat, im Alter nicht zum Sozialamt gehen muss. Deshalb wollen wir, dass alle, die 35 Jahre oder länger gearbeitet und Beiträge gezahlt haben und trotzdem in der Grundsicherung landen, eine Solidarrente bekommen, die 10 % darüber liegt. Obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart, hat die Union die Solidarrente blockiert. Sie bleibt aber auf unserer Agenda. Denn wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er – warum auch immer – nicht gearbeitet hätte. Es lohnt sich, alles dafür zu tun, dass die Menschen mehr Sicherheit bekommen, mehr Gerechtigkeit spüren. Das ist eine direkte Investition in Vertrauen und Zusammenhalt in unserem Land.

Die Alterung der Gesellschaft wirkt sich auch auf die Arbeitswelt aus. Arbeitsorganisation und Arbeitsgestaltung müssen auf die Fähigkeiten und Kompetenzen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgerichtet werden, um sie als Fachkräfte möglichst lange zu halten. Betriebe, Sozialpartner und nicht zuletzt die Politik müssen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Älteren möglichst lange gesund und motiviert ihre Kenntnisse an die jüngere Generation weitergeben können. Vor allem müssen wir dafür sorgen, dass sie mit dem technischen Wandel Schritt halten können.

3. Flexibilitätskompromiss

Der Megatrend Digitalisierung verändert die Gesellschaft und die Arbeitswelt schon heute spürbar. Es wird in Zukunft signifikante Verschiebungen zwischen den Branchen und Berufen geben. Aber die Arbeit wird uns nicht ausgehen! Wir wissen, dass in der Vergangenheit durch technische Revolutionen immer viele neue Arbeitsplätze entstanden sind. Wir brauchen also keine Angstdebatte um den massenhaften Wegfall von Arbeitsplätzen zu führen. Wir sollten stattdessen fragen, welche Chancen in der Digitalisierung stecken und wie wir es schaffen, dass auch digitale Arbeit gute Arbeit ist. Das geht im Übrigen nur, wenn überall im Land schnelles Internet verfügbar ist – auch der Breitband-Ausbau ist ein Gerechtigkeits-Thema.

Über die Arbeitswelt der Zukunft haben wir gemeinsam mit Sozialpartnern, Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis und Bürgerinnen und Bürgern im *Dialogprozess Arbeiten 4.0* diskutiert, den ich im April 2015 ange-

stoßen habe. Wir haben dem Begriff *Industrie 4.0* bewusst einen Begriff zur Seite gestellt, der die Menschen in den Blick nimmt. In einem Weißbuch haben wir die Ergebnisse zusammengefasst.

Auch beim Treffen der G20-Arbeits- und Beschäftigungsminister stand die Arbeitswelt der Zukunft auf der Tagesordnung. Bei allen Unterschieden wurde deutlich, dass dieses Thema in einer globalisierten Welt Industriestaaten genauso umtreibt wie Schwellenländer.

Eine Kernaufgabe bei der Gestaltung der Arbeitswelt der Zukunft wird es sein, einen gerechten Ausgleich zu finden zwischen Eigenverantwortung und Flexibilität, wie sie die Unternehmen wünschen, und dem Bedürfnis der Beschäftigten nach Sicherheit und Verlässlichkeit. Mehr Flexibilität muss daher Zug um Zug mit mehr Sicherheiten und mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten aufgewogen werden, um diese nicht zum Spielball der digitalen Möglichkeiten werden zu lassen. Ich bin mir sicher: Wir haben die Chance, mit den Errungenschaften der Digitalisierung beides miteinander zu verbinden. Im Sinne guter Arbeit.

Der Bedarf für neue gesetzliche Regelungen ist groß: Jeder dritte Beschäftigte wünscht sich, Umfang und Lage seiner Arbeitszeit zu verändern. Vor allem etwas weniger zu arbeiten. Aber es gibt auch die, die mehr arbeiten wollen – in Deutschland stecken gerade Frauen in Teilzeit fest. Leider ist das Rückkehrrecht aus Teilzeit, wie wir es im Koalitionsvertrag verabredet hatten, auf Druck der deutschen Arbeitgeber am Kanzleramt gescheitert. Ich werde mich aber weiterhin vehement für die Rechte von Frauen am Arbeitsmarkt einsetzen, auch, weil wir angesichts des steigenden Fachkräftebedarfs auf keine gut ausgebildete Frau verzichten können.

4. Qualifizierung

Die zentrale Aufgabe für die Zukunft ist es, Qualifikationen zu sichern und immer wieder zu erneuern. Die Empfehlungen aus dem Weißbuch gehen dahin, die Arbeitslosenversicherung Schritt für Schritt zur Arbeitsversicherung umzubauen, die dafür sorgt, dass Bildungszeiten, ähnlich wie Familienzeiten, selbstverständlicher Bestandteil unseres Arbeitslebens werden. Wir müssen es den Beschäftigten so leicht wie möglich machen, bei der Qualifizierung oder bei der Neuorientierung selbst die Initiative zu ergreifen.

Mit einem „Chancenkonto für Erwerbstätige“ wollen wir die bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Instrumente gezielt ergänzen. Es ist ein finanzielles Polster, das Mut machen soll, Neues zu wagen. Das Chancenkonto bezieht sich auf

das gesamte Berufsleben und wird bei Bedarf eingesetzt. Kritiker sagen: Das wird unbezahlbar. Fakt ist jedoch: Für den Steuerzahler wird es richtig teuer, wenn wir *nicht* in Qualifizierung investieren.

Die Digitalisierung soll Chancen für alle bereithalten, nicht nur für einige Wenige. Deshalb ist auch die Qualifizierung letztlich eine Frage der Gerechtigkeit. Denn wir wollen und müssen alle mitnehmen in die Arbeitswelt der Zukunft.

5. Politik für mehr Gerechtigkeit über Landesgrenzen hinweg

Wenn wir für mehr Gerechtigkeit streiten, können und dürfen wir nicht an unseren Landesgrenzen Halt machen. Wir müssen mit unseren Partnern in der Europäischen Union dafür eintreten, dass Europa wieder zu einer Verheißung wird. Frieden und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen klarer benennen, dass die Europäische Union das Leben von heute über fünfhundert Millionen Menschen besser, freier und sicherer gemacht hat. Sie ist Garant des Friedens zwischen Staaten, die schreckliche Kriege gegeneinander geführt haben oder jahrzehntelang durch Mauern voneinander getrennt waren.

Wir brauchen einen starken Zusammenhalt in Europa heute mehr denn je. Nur als starke Gemeinschaft kann die Europäische Union Antworten auf die wirtschafts- und sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit finden. Deshalb ist es äußerst problematisch, dass die Europäische Union von Interessengegensätzen und großen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten geprägt ist.

Die Menschen empfinden es als ungerecht, wenn etwa das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zwischen 81.000 Euro in Luxemburg und 5.500 Euro in Bulgarien schwankt. Bei der Arbeitslosigkeit reicht die Spannbreite von 3,5 % in Tschechien bis zu 23 % in Griechenland. Diese Ungleichheit innerhalb Europas wird durch die Unterschiede bei den Einkommen weiter verschärft. Denn nicht alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben einen Mindestlohn, von einem auskömmlichen Lohn ganz zu schweigen. Zudem gibt es in der Europäischen Union keine einheitlichen Regeln für die soziale Grundsicherung. In Ländern wie Italien oder Griechenland existiert nicht einmal eine umfassende Sozialhilfe.

Problematisch ist, dass sich die Menschen von Europa abwenden, wenn sie Ungleichheit zu Recht als Ungerechtigkeit wahrnehmen. Wir brauchen also auch in Europa mehr Gerechtigkeit.

Die SPD stellt sich als die Partei zur Wahl, die zum Ziel hat, in Europa zu investieren und für mehr Ausgleich und Gerechtigkeit zu sorgen, statt Europa kaputt-

zusparen. Wir brauchen in Europa einen klaren Rechtsrahmen, der vorsieht, dass alle Mitgliedstaaten einen Mindestlohn und einen nachvollziehbaren Mechanismus zur Festsetzung und Anpassung dieses Mindestlohns vorweisen müssen. Ein zweiter Rechtsrahmen müsste Mindeststandards für die soziale Grundsicherung der Länder festlegen. Schon heute ist in zahlreichen Ländern die soziale Grundsicherung derart lückenhaft, dass sie viele gar nicht erreicht. Dies ist nicht zuletzt deshalb ein Anliegen, weil zu geringe Löhne und fehlende soziale Basisabsicherung in einigen Mitgliedstaaten zu Lohndumping und armutsinduzierter Zuwanderung in andere Mitgliedstaaten führen.

Es ist den Menschen nicht zu vermitteln, dass alles Mögliche zwar europäisch vorgegeben wird, die Absicherung des Existenzminimums als staatliche Aufgabe aber nicht. Wir müssen, bezogen auf die soziale Grundsicherung in Europa, deshalb zu einer neuen Verständigung kommen. Der von der Europäischen Kommission im vergangenen Jahr angestoßene Diskussionsprozess über eine Europäische Säule Sozialer Rechte bietet hierfür einen guten Rahmen.

V. Fazit

Der Kampf für mehr Gerechtigkeit gehört weder in die Mottenkiste der Geschichte, noch darf er auf unser Land beschränkt bleiben. Wenn es gelingt, Ungleichheiten abzubauen, stärkt das den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und in Europa. Unsere demokratischen Grundwerte und die Solidarität zwischen den Generationen und zwischen Stärkeren und Schwächeren waren auch in Krisenzeiten nie verhandelbar. Sie werden auch das Fundament sein, auf dem wir die Zukunft gemeinsam gestalten – mit mehr Gerechtigkeit.